

3 Vertrauensselige Frau trifft Unglücksraben
Mann erhält hohe Darlehen für Geschäfte und landet vor Gericht.

5 Hagelsturm wütet in den Weinbergen
Die Winzer blicken nach vorn und hoffen auf den Herbst.

15 Walser vor seinem letzten Gang
FL-Schwinger beendet Karriere
Finales Kräftemessen beim Sertigschwinget



Donnerstag, 8. August 2013
136. Jahrgang Nr. 179

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein

GROSSAUFLAGE



Heute

Das Fürstenfest naht
Staatsfeiertagsbeilage erscheint im «Volksblatt»



Der heutigen Ausgabe des «Volksblatts» liegt unsere diesjährige Beilage zum Staatsfeiertag bei. Wir wünschen viel Spass beim Lesen.

volksblatt.li

Terrorismus Vor dem Hintergrund der Terrorwarnungen besonders im Jemen hat US-Präsident Obama die Bürger zur Umsicht aufgerufen, jedoch vor Panik gewarnt.

Protest Gefolgsleute des früheren italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi planen eine Unterschriftensammlung zur Unterstützung eines Gesetzentwurfs für eine Amnestie.

Fotogalerien Auch heute finden Sie Fotogalerien zu aktuellen Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung im Media Center auf www.volksblatt.li.

Wetter Viele Wolken und vor allem am Nachmittag Regen. **Seite 26**



Landesfürst: «Vierparteiensystem macht das Regieren lebendiger»

Interview Aus der Sicht von Fürst Hans-Adam II. ist das Regieren durch den Einzug einer vierten Partei in den Landtag schwieriger, aber auch lebendiger geworden. Die Ablehnung des Telecom-Verkaufs kann er nicht nachvollziehen.

VON MARTIN HASLER

Im Interview, das heute in der Staatsfeiertagsbeilage des «Volksblatts» erscheint, bleibt der Landesfürst seinem Credo «Der Staat war nie ein guter Unternehmer» treu. «Ich fürchte, die Mehrheit im Landtag hat einen Fehler gemacht», sagt er im Hinblick darauf, dass die neu gewählte Volksvertretung im Frühling den Verkauf der Telecom Liechtenstein an die Swisscom abgelehnt hat. Es sei zu hoffen, «dass der Landtag aus seinen Fehlern lernt», wobei der Fürst einräumt: «Aber vielleicht hatte der Landtag ja auch recht und die Regierung und ich lagen falsch. Ich bin ja schliesslich auch nicht der Papst.» Eine Privatisierung der Telecom wäre für ihn die bessere Lösung gewesen als das Weiterverfolgen des bisherigen Wegs.

Revisionsbedarf bei Steuergesetz

Verständnis bringt Fürst Hans-Adam II. für die kürzlich geäusserte Kritik der Gemeinden an den Auswirkungen des neuen Steuergesetzes auf: Aufgrund der grosszügigen Behandlung von Unternehmen hätten die Standortgemeinden kaum mehr etwas von der Ansiedlung neuer Firmen, lautete der Tenor. Er wartet mit einer anderen Idee auf: «Ich bin der Meinung, dass alle indirekten Steuern dem Staat und alle direkten Steuern den Gemeinden zufließen sollten.» Eine aus seiner Sicht «saubere Lösung», die den Weg für eine weitere Dezentralisierung des Staates und die Übergabe von Aufgaben an die Gemeinden ebnet würde. «Dort ist man näher bei den Problemen und auch näher bei den Lösungen als in einer grossen Büro-



Landesfürst Hans-Adam II. plädiert für die Übertragung weiterer Aufgaben an die Gemeinden. (Foto: Michael Zanghellini)

kratie», zeigt sich das Staatsoberhaupt überzeugt. Hindernis für dieses Modell sei jedoch, dass die indirekten Steuern «relativ hoch» angesetzt werden müssten, Liechtenstein in diesem Bereich aber an die Schweiz gebunden ist. Gemeindefusionen, wie sie in der Schweiz an der Tagesordnung sind, prognostiziert er in Liechtenstein nicht. «Wenn wir uns richtig aufstellen und eine vernünftige Politik betreiben, wird der Leistungsdruck nicht steigen», sagt der Fürst. Ausserdem sei das dadurch zu erreichende Sparpotenzial mehr als

zweifelhaft, weil man sich davor scheue, «auf die Kostenbremse zu treten und das Personal zu reduzieren»: «So bleiben Doppelspurigkeiten bestehen - und um diese zu koordinieren, braucht es neues Personal.»

Informationsaustausch im Inland

Dass das Bankgeheimnis 2013 vor dem Ende steht, hätte sich der Fürst vor zehn Jahren nicht vorstellen können - aber: «Vor fünf Jahren habe ich diese Entwicklung auf uns zukommen sehen.» Der automatische Informationsaustausch, an dem wohl kein Weg vorbeiführe, müsse jedoch auf demokratische Rechtsstaaten begrenzt sein. Der Fürst geht sogar noch weiter: «Im Grunde genommen spricht eigentlich nichts

dagegen, den Informationsaustausch auch national durchzuführen. Die Frage ist nur, ob ein solcher Beschluss einer Volksabstimmung standhalten würde.» Am Ende könnte der automatische Informationsaustausch als internationaler Standard für Liechtenstein sogar positiv sein, da das gegenwärtige System einen grossen Aufwand mit sich bringe: «Wir sollen kontrollieren, ob unsere Kunden ihre Steuern bezahlt haben», sagt er: «Mit dem Informationsaustausch haben die anderen das Problem, die müssen sich durch diese gigantische Datenmenge kämpfen.» Da werde die «Kavallerie des Herrn Steinbrück bald zum Stillstand kommen», so der Landesfürst abschliessend.

«Da wird die Kavallerie des Herrn Steinbrück bald zum Stillstand kommen.»

FÜRST HANS-ADAM II.
STAATSOBERHAUPT

Heftige Debatte Amt verteidigt Zutrittsregeln für Asylsuchende

BERN Der Chef des Bundesamts für Migration, Mario Gattiker, findet die Sperrzonen für Asylsuchende in Bremgarten verhältnismässig. Bibliotheken, Plätze oder Kirchen gehörten allerdings nicht dazu, wie fälschlicherweise mitgeteilt wurde. Bremgartens Stadtammann Tellenbach spricht von einem Missverständnis. Gattiker hatte in Zeitungsinterviews betont, dass die Asylbewerber lediglich Schul- und Sportanlagen nicht ohne Zustimmung der Gemeinde betreten dürfen. Bibliotheken, Plätze oder Kirchen hingegen seien frei zugänglich, sagte der Leiter des Bundesamts für Migration (BFM). Verschiedene Medien hätten wegen eines falschen Plans im Anhang der Vereinbarung falsch über die Zonen berichtet. Die Einschränkung für Schul- und Sportanlagen gilt laut Gattiker wochentags zwi-

schen 7 und 18 Uhr. Asylsuchende könnten die Anlagen weiterhin nutzen, wenn die Gemeinde den Besuch zuvor erlaubt hat, sagte er gegenüber der «Nordwestschweiz» und der «Südostschweiz».

«Grundrechte gewahrt»

Mit der Auflage trage das Zentrum den Bedenken und Anliegen der lokalen Bevölkerung Rechnung. «Wir wollen nur vermeiden, dass viele Asylbewerber gleichzeitig in die Badi gehen», sagte Gattiker im Interview mit «Tages-Anzeiger» und «Bund». Der Schul- und Sportbetrieb der Bevölkerung solle Vorrang haben. «Es braucht Spielregeln, damit das Zusammenleben zwischen Asylsuchenden und der Bevölkerung geordnet und möglichst konfliktfrei verläuft.» Die Grundrechte der Personen würden mit dieser Regel gewahrt. (sda)

Steuerbelastung

Grosse Unterschiede

BERN Ob arm, ob reich - auch 2012 hat sich der Schweizer Fiskus nirgendwo gnädiger gezeigt als im Kanton Zug. Nichts zu lachen haben dagegen die Steuerpflichtigen vorab in der Westschweiz, wie eine Auswertung der Eidgenössischen Steuerverwaltung zeigt. Ein lediger Kleinverdiener mit einem Bruttoarbeitseinkommen von 50 000 Franken bezahlte letztes Jahr in Zug gerade mal 1551 Franken an Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern, was 3,1 Prozent des Einkommens entspricht. Fast vier Mal mehr, nämlich 5969 Franken (11,9 Prozent), musste sein Pendant in der «Steuerhölle» Neuenburg abliefern. Vergleichsweise tiefe Ansätze von 5,3 bis 7,0 Prozent weist die Publikation «Steuerbelastung in der Schweiz» in dieser Kategorie auch für die Hauptorte der Kantone Schwyz, Zürich und Tessin aus. (sda)

Inhalt

Inland	2-5	Kultur	23-25
Politik	10	Kino/Wetter	26
Wirtschaft	11-14	TV	27
Sport	15-21	International	28

Fr. 2.00 www.volksblatt.li

Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

**Weniger
Papiergewicht,
mehr politisches
Gewicht:
Das «Volksblatt»**

Volksblatt
Im alten Riet 103
FL-9494 Schaan
+423 237 51 51
www.volksblatt.li

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft,
Sport und Kultur



Musical Workshop der
«Liechtenstein Musical
Company»

www.volksblatt.li